



dbb
beamtenbund
und tarifunion
sachsen-anhalt

12.12.2013

Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe beschlossen: Einseitige Belastung für Beamte

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen hat das Parlament am 11. Dezember 2013 gegen den Protest des Beamtenbundes die Einführung einer nach Besoldungsgruppen gestaffelten Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe beschlossen. Maik Wagner, Landeschef des Beamtenbundes, ist von der Politik enttäuscht, dass sie nicht hinreichend gewürdigt hat, dass die Beamten durch die heute schon geltenden Zuzahlungen bei Arzneimitteln, Krankenhausbehandlungen oder Medizinprodukten in erheblichem Umfang zur Kostensenkung beitragen. „Anders als die gesetzlich Versicherten kommen die Beihilfeberechtigten nicht in den Genuss von Entlastungen, wie zum Beispiel Beitragsstabilität oder Bonussysteme“, sagte Wagner. Der dbb Landesvorsitzende appellierte an die Landtagsabgeordneten, sich bei den Beratungen des Haushaltsplanentwurfs 2015 im zuständigen Fachausschuss über die aktuelle Entwicklung der Beihilfeausgaben berichten zu lassen um festzustellen, ob die Notwendigkeit der Kostendämpfung bei den Beihilfeausgaben weiter besteht.

Beim Abzug einer Pauschale in der Beihilfe handelt es sich nach Auffassung des Beamtenbundes um plumpes Abkassieren der Beamtinnen und Beamten. Ginge es der Politik um die Stärkung der gesundheitlichen Eigenverantwortung, so müsste das durch die Kostendämpfungspauschale ersparte Geld systemkonform im Regelungskreis der Beihilfe eingesetzt werden. Beamtinnen und Beamte an den Kosten der Beihilfeentwicklung zu beteiligen, geht das Problem nicht dort an, wo es entsteht - nämlich bei den explodierenden Kosten der Anbieter im Gesundheitswesen. Die Beamten, die dem Staat eine besondere Loyalität entgegenbringen (müssen), werden wieder einmal zur Haushaltskonsolidierung herangezogen. Nach der Streichung des Weihnachtsgeldes und den um sechs Monate zeitversetzten Besoldungsanpassungen 2013 und 2014 ist die Kostendämpfungspauschale eine neuerliche einseitige Belastung für die Beamten.

Der dbb Landeschef ist aber auch noch aus einem anderen Grund sauer auf die politisch Verantwortlichen. „Nachdem der Beamtenbund durch Verhandlungen einen akzeptablen Kompromiss zu den Besoldungsanpassungen 2013 und 2014 erzielt hatte, haben wir auch bei der Kostendämpfungspauschale bewusst auf den politischen Dialog gesetzt und unsere Mitglieder nicht auf Krawall gebürstet“, so Wagner.